

MAGA, die Jobgarantie und post-neoliberales öffentliches Wissen¹

Jakob Feinig

Abstract

Der Aufschwung des Rechtspopulismus wird durch eine besondere Form des öffentlichen Wissens ermöglicht – eine, die von der Annahme geprägt ist, dass wir alle Teil des Marktes sind, eines Mechanismus, den wir weder verstehen noch ändern können. Eine wirksame Gegenstrategie besteht darin, Formen des ökonomischen Wissens zu kultivieren, die die demokratische Öffentlichkeit in die Lage versetzen, Märkte als verstehbare Einrichtungen zu sehen, die sie verändern können; ein Wissen, das es ermöglicht, über Preise, Geld und Arbeit als formbare Formen kollektiver Organisation nachzudenken. Ein Ethos der ungetesteten Möglichkeiten, nicht der New Deal-Nostalgie, sollte solche post-neoliberalen Projekte leiten.

Während seiner letzten Präsidentschaftskampagne erklärte Donald Trump, die Abschiebung „illegaler“ Einwanderer:innen würde die Arbeitslosigkeit und die Wohnungskrise lösen. Expert:innen beeilten sich, seine Behauptungen zu widerlegen, dennoch fanden seine Vorschläge in der Öffentlichkeit ein breites Echo. Was machte Trumps Aussagen plausibel? Waren sie glaubwürdig, weil das öffentliche Leben von der Vorstellung geprägt ist, dass wir alle am Markt teilnehmen – einem Mechanismus, den wir weder verstehen noch verändern können? Ist das der Grund, warum Abschiebungen anstatt verbesserter Mietpreiskontrollen oder groß angelegter öffentlicher Beschäftigungsprogramme so vielen Menschen sinnvoll erschienen? Anders gefragt: Kann die „illegale“ Einwanderung zu einem „wirtschaftlichen Problem“ werden, weil wir es nicht gewohnt sind, Arbeit, Geld, und Preise als veränderbare Formen der kollektiven Organisation zu betrachten? Wenn dies der Fall ist, erfordert eine robuste Antwort auf MAGA die breite Kultivierung von ökonomischem Wissen, das die Welt verständlicher und formbarer macht.

Eine solche Antwort wird auf neoliberale Formen des öffentlichen Wissens stoßen. Der Historiker Philip Mirowski und seine Kolleg:innen haben dokumentiert (Mirowski 2013, 2018, 2019a; Mirowski/Plehwe 2015), wie die Neoliberalen ein Universum von Institutionen geschaffen haben, das wie eine russische Puppe aufgebaut ist. Das Innere der Puppe besteht aus Denkfabriken, die danach streben, das Regieren neu zu gestalten (Mirowski/Nik-Khah 2017). Diese einflussreichen intellektuellen Zentren schlagen marktbasierende Lösungen für dringende Probleme vor: Märkte für den Ausgleich von Kohlendioxidemissionen zum Beispiel sind Mechanismen für den Kauf und Verkauf von Einheiten des Rechts auf Umweltverschmutzung. Die Schaffung solcher Märkte ist für die Neoliberalen die einzig legitime Form des Regierens; alles andere tun sie als Faschismus oder Kommunismus ab. Für die Neoliberalen sind die Märkte nicht nur Objekte der Analyse, sondern rechtliche Strukturen, die sie zu gestalten berechtigt sind.

Im Gegensatz zu den inneren Schichten der russischen Puppe wenden sich die Organisationen, die ihre äußeren Schichten bilden, an ein breiteres Publikum. Sie sind

weit davon entfernt, Märkte als rechtliche Strukturen zu betrachten; sie feiern eine Ordnung, die sie als „spontan“ beschreiben. Der Markt ist der allwissende Verarbeiter von Information, und Preise die Manifestation seiner Wahrheit im Alltag. Daher ist jedes Einkommen, das wir erhalten, und jedes Vermögen, das wir für uns beanspruchen, gerechtfertigt. Die Öffentlichkeit sollte nicht fragen, wer die Preise für Arzneimittel festlegt oder welche rechtlichen Regelungen die Wohnungskosten mitbestimmen. Wir sollten nicht darüber nachdenken, wessen Beiträge wir unterbewerten (Nash 1995; Waring 1988), oder überlegen, wie wir Arbeitslosigkeit und Wohnungskrisen beenden können: Der überlegene Datenverarbeiter Markt übertrifft stets die menschlichen Rechen- und Wissenskapazitäten. Getragen von der Vorstellung, dass die Menschen zu unwissend sind, um an der Gestaltung des kollektiven Lebens mitzuwirken, leugnen die äußeren Schichten der russischen Puppe die Möglichkeit gültigen Wissens, das über die Annahme von „Marktsignalen“ hinausgeht. Aus dieser Sicht sind umfassendere soziale Prozesse nicht verstehbar (außer durch die Daten, die das Marktorakel verarbeitet und ausgibt).

Neoliberale Formen des öffentlichen Wissens erfordern keine enthusiastische Zustimmung zum Preis-Orakel. Sie erfordern lediglich, dass genügend Menschen an ihrer Fähigkeit zweifeln, Fragen über den Markt zu stellen. Das Säen von Zweifeln ist ein dokumentierter Aspekt neoliberaler Praktiken (Mirowski 2013, 2019b), vergleichbar mit den Bemühungen von Tabakfirmen und Leugner:innen der globalen Erwärmung (Merchants of Doubt 2018). Diese Kampagnen sind subtiler als herkömmliche Propaganda, da sie nicht darauf abzielen, Menschen zu überzeugen: Sie wecken grundsätzlichere Zweifel an der Möglichkeit von Wissen an sich.

Die Arbeiten von Paulo Freire beleuchten Situationen, in denen Menschen an ihrer Fähigkeit zweifeln, die Welt zu verstehen. Seit den frühen 1960er Jahren führte Freire Alphabetisierungskampagnen durch, in denen Tausende von Menschen lesen lernten. Er war erstaunt, als er feststellte, dass diese Menschen, von denen viele landlos waren und in Verarmung lebten, davon überzeugt waren, dass sie die soziale Ordnung nicht verstehen können. Da sie an ihrer Fähigkeit wissen zu können grundsätzliche Zweifel hatten, sahen sie sich als Objekte und nicht Subjekte der Geschichte. Deshalb weigerte sich Freire, Alphabetisierung als eine mechanistische Praxis zu betrachten, bei der die Lernenden auswendig Buchstabieren lernen – er war der Meinung, dass er so ihr Selbstverständnis als Objekte verstärken würde. Stattdessen wollte Freire einen pädagogischen Prozess einleiten, in dem Menschen lernen, „die Welt zu lesen“. Alphabetisierung wurde zu einer kollektiven Praxis, in der die Welt verstehbarer und veränderbarer wurde.

Freirianische Kampagnen sind notwendig, weil eine Welt, die unverständlich erscheint, eine Welt ist, die durch Gewalt gekennzeichnet ist. Freire schrieb, dass „jegliche Situation, in denen manche Individuen andere davon abhalten, am Prozess der Wissensbildung teil zu nehmen, von Gewalt geprägt ist. Die Mittel, die dabei eingesetzt werden, sind zweitrangig: Menschen von ihren Entscheidungen zu entfremden, heisst, sie zu Objekten zu machen“ (1970/2000, 85, Übersetzung des Autors). Von einer Freirianischen Perspektive fördern neoliberale Glaubenssätze über den allwissenden Markt nicht nur Ungleichheit und Ausgrenzung: Sie sind eine gewaltsame Verweigerung dessen, was es bedeutet, ein Mensch zu sein (Valayden/Feinig 2022). Daher können neoliberale Formen der Wissensorganisation nur vorübergehende Situationen der Entmenschlichung schaffen – es sind Fehlritte, nicht das Ende der Geschichte.

Wie könnten postneoliberale Formen des Wissens aussehen? Die Frage der Preisbildung ist ein Bereich, in dem solches Wissen heute kultiviert werden kann. Ähnlich der Landlosigkeit im Kontext, in dem Freire arbeitete, bestimmen Preise die Lebenswelt und das Überleben der Menschen. Sie bestimmen, ob und was man sich zu essen leisten kann. Sie regeln, wer wo wohnen kann, wer ein Dach über dem Kopf hat (und wer nicht) und oft auch wer sich lebensrettende Behandlungen und Medikamente leisten kann (und wer nicht). Die Preise stehen gleichzeitig im Mittelpunkt der Alltagsorgen und erscheinen als spontane Manifestation des Marktorakels die außer Reichweite sind. Daher ist ein institutionelles Verständnis der Preisbildung ein notwendiger Bestandteil von postneoliberalen Formen des gemeinsamen Wissens.

Aus dieser Perspektive sind Isabella Webers Arbeiten über die Preisbildung ein Freirianisches Projekt, das die Welt besser verstehen lässt, nicht nur ein Beitrag zu einer Policy-Kontroverse. Als Expertin für die Konstruktion von Märkten im China des zwanzigsten Jahrhunderts (Weber 2021a) begann Weber eine öffentliche Kontroverse genau an dem Punkt, an dem Neoliberale die Debatten zum Stillstand bringen wollen: Sie fragte, wer Preise festlegt, unter welchen Bedingungen, und wer davon profitiert (Weber 2021b). Außerdem skizzierte sie mögliche Handlungsoptionen. Weil ihre Arbeit den institutionellen und politischen Charakter von Preisen aufdeckte, brachte sie neoliberalen Formen des öffentlichen Wissens durcheinander: Wenn die Preise besser verstanden werden, müssen wir sie nicht mehr als alltägliche Erscheinung des Marktorakels akzeptieren sondern beginnen, eine politische Sprache über Preisbildung zu entwickeln.

Institutionell verankerte Debatten über Preisbildung führen zu Gesprächen auf dem Revier der Neoliberalen. Erstens stellen sie neoliberale Behauptungen über eine spontane Ordnung und ihre Fähigkeit zur Herstellung von überlegenem Wissen in Frage. Wenn Preise institutionelle Artefakte sind, kann die Ordnung nicht spontan sein – irgendjemand muss die Preise festlegen, und niemand kann dies außerhalb eines sich ständig ändernden rechtlichen und politischen Kontextes tun. Zweitens, wenn Preise eine rechtliche und institutionelle Praxis sind, wird es plausibel zu fragen, wer, wenn überhaupt, das Recht beanspruchen sollte, die Bedingungen für Märkte festzulegen. Wenn falsche Behauptungen über eine spontane Ordnung unplausibel geworden sind, wird sichtbar, dass Märkte politische Praktiken sind. Je breiter und umfassender öffentliche Debatten über Preise werden, desto schwieriger wird es, neoliberale Formen des öffentlichen Wissens aufrechtzuerhalten. Solche Debatte können zu Nägeln im Sarg des Neoliberalismus werden. Und je mehr Menschen die politische Dimension von Preisen verstehen, desto unglaublicher werden die Argumente von Trump über Migrant:innen, Preise Abschiebungen, und die Wohnungskrise.

Öffentliche Debatten über Jobgarantie-Programme sind ein weiterer Freirianischer Prozess der Wissensbildung, des „Lesens“ der Welt und der konstruktiven Herausforderung neoliberaler Wissensformen. Während neoliberale Diskurse die Schuld an der Arbeitslosigkeit oft deren Opfern zuschieben, deutet die Möglichkeit, öffentliche Arbeitsplätze bereitzustellen, auf Alternativen: Diejenigen, die als Objekte des Marktes erscheinen, können zu Subjekten werden, die ihr Leben neu gestalten, während sie die Institutionen neu gestalten. Als staatlich finanziertes, aber lokal verwaltetes Programm würde eine Jobgarantie jeder und jedem, der es wünscht, einen angemessenen öffentlichen Arbeitsplatz anbieten. Es würde Gemeinden, Schulbezirken und anderen lokalen Organisationen ermöglichen, Arbeitsplätze anzubieten (Quinz et al. 2024; Tcherneva

2020). In einer Welt, in der Millionen Menschen wegen der globalen Erhitzung migrieren müssen und weitere Millionen Menschen neue Arbeitsplätze brauchen werden, wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beenden, kann eine Beschäftigungsgarantie das Recht auf Arbeit für diejenigen verwirklichen, die schon da sind, und für diejenigen, die noch kommen werden.

Die kollektive Reflexion über eine Arbeitsplatzgarantie, die nach Bedarf öffentliche Jobs bereitstellt hat das Potenzial, neoliberale Formen der Wissensorganisation zu untergraben. Erstens stellt sie die Vorstellung in Frage, dass es einen überlegenen Datenverarbeiter, ein Orakel in Marktform, gibt: Wenn öffentliche Institutionen unfreiwillige Arbeitslosigkeit beseitigen, funktionieren sie besser als der Markt, und Behauptungen über dessen Überlegenheit werden unplausibler. Zweitens können die Menschen ein solches Programm verstehen, diskutieren und ändern. Dabei erkennen sie, dass sie nicht dazu verdammt sind, Objekte des „Marktes“ zu bleiben, weil dieser ein veränderbares Rechtskonstrukt ist. Und drittens erkennen die Menschen in solchen Gesprächen, dass sie Arbeitsplätze nicht als knapp ansehen müssen: Es gibt in unserer Krisenzeit immer etwas zu tun – in den Schulen, im Pflegebereich oder in Projekten zur Klimaanpassung. Aus all diesen Gründen stellen Gespräche über die Jobgarantie neoliberale Formen des Wissens in Frage. Sie machen auch die Trump'schen Behauptungen unplausibler: Wenn der Arbeitsmarkt eine Reihe von formbaren Institutionen ist und Arbeit nicht knapp ist, können alle einbezogen werden und Ausgrenzung wird schwieriger zu rechtfertigen.

Aber das Versprechen der Arbeitsplatzgarantie endet hier nicht: Sie könnte zu einem Wissensbildungsprozess werden, der es uns ermöglicht, neu zu überdenken, wie wir zusammen leben und arbeiten wollen. Eine Jobgarantie könnte öffentliche Entscheidungen über Bedürfnisse und Prioritäten durch lokale Versammlungen demokratisieren, die zu Orten werden, an denen eine Gemeinschaft sich und ihre Möglichkeiten selbst erforscht. Während sie Entscheidungen treffen, könnten solche Gremien ermächtigende Formen des kollektiven Wissens schaffen. Eine Jobgarantie könnte auch eine durchlässige Grenze zwischen Management und Arbeiter:innen schaffen: Letztere würden einen Teil ihrer Arbeit als Verwalter:innen erledigen und die rechtlichen und finanziellen Regelungen kennenlernen, die das Programm ermöglichen. (Es gibt zahlreiche Präzedenzfälle von Genossenschaften, und die derzeitige kolumbianische Regierung verwendet von der Mafia beschlagnahmte Infrastruktur, um Leute zu beschäftigen, die später die selben Unternehmen leiten werden). Schulen und Universitäten könnten Studierende darauf vorbereiten, lokale Möglichkeiten zu untersuchen – eine postneoliberale Form der Berufsberatung, die jungen Menschen helfen würde, ihren Platz in einer sich verändernden Welt zu finden. Kurz, eine Freirianische Jobgarantie hat ein enormes Potenzial, neoliberale Annahmen zu untergraben, da ihre Teilnehmer:innen die Gewohnheit entwickeln, „die Welt zu lesen“ und ihr Leben neu zu gestalten, während sie die Institutionen neu gestalten. Die Jobgarantie könnte ein Nagel im Sarg des Neoliberalismus werden und Türen für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens öffnen.

Postneoliberale Prozesse der Wissensbildung sollten New Deal-Nostalgie vermeiden. New Deal-Programme sind, vor allem in den USA aber auch global, ein Bezugspunkt, weil sie bestimmten Gruppen ein hohes Maß an materiellem Komfort bieten und weil ihr greifbares Vermächtnis (Living New Deal o.J.) uns daran erinnert, was wir in kurzer Zeit erreichen können. Aber New Deal-Programme haben Entscheidungen über Produktion nicht demokratisiert und tendierten dazu, Politik auf Verteilungsfragen zu re-

duzieren (Rana 2014; Young 2022). Neoliberalen argumentierten in diesem Kontext, dass der Markt eine demokratischere Alternative sei. Daher sollten Befürworter:innen postneoliberaler Institutionen wie einer Jobgarantie vermeiden, den New Deal unkritisch zu übernehmen. Experimente in der ganzen Welt können als Vorbild dienen: In einem kürzlich durchgeführten südafrikanischen Programm entwickeln Arbeiter:innen selbst kulturelle Projekte, die von der Regierung finanziert werden sollen (The Presidency of the Republic of South Africa 2022), während Millionen von Arbeiter:innen im ländlichen Indien im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms die lokale Infrastruktur verbessern. Postneoliberale Projekte sollten von einem Ethos der noch nicht getesteten Machbarkeit (Araújo Freire 2002) geleitet werden, nicht von New Deal-Nostalgie.

Ein wichtiger Unterschied zwischen den aktuellen JG-Vorschlägen und New Deal-Formen des Wirtschaftsverständnisses liegt im Bereich des monetären Wissens. Viele Jobgarantie-Befürworter:innen ordnen die JG-Vorschläge in eine umfassendere Analyse der öffentlichen Geldschöpfung ein. Sie fragen: Wenn die Fähigkeit der Regierung, Geld zu schaffen, nicht auf eine bestimmte Menge beschränkt ist, warum kann sie dann nicht alle Arbeitssuchenden beschäftigen? Wie sollten wir über die Möglichkeiten der öffentlichen Ausgaben nachdenken, wenn Preise institutionelle Gebilde sind (Fullwiler/Grey/Tankus 2019; Money on the Left 2019) und nicht durch eine schwer definierbare Geldmenge bestimmt werden? Mit diesen Fragen beleben die Vertreter:innen der Modernen Geldtheorie (MMT) (Kelton 2021) einen Freirianischen Prozess und kultivieren postneoliberale Formen des Wissens: Wenn Menschen beginnen, die öffentliche Geldschöpfung verstehen, kann die Idee einer „spontanen“ Ordnung der sozialen Welt nicht lange überleben.

Dies mag zwar wie ein technischer Punkt erscheinen, stellt jedoch eine Abkehr von den Formen des öffentlichen Wissens dar, das die Epoche des New Deal charakterisierte. Präsident Roosevelt warb für das „Recht auf nützliche und entlohnte Arbeit“ (Roosevelt 1944), das später in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurde. Gleichzeitig versuchte er jedoch, die Frage der staatlichen Geldschöpfung aus der öffentlichen Debatte zu entfernen (Feinig 2017, 2021). Im Gegensatz dazu betont die MMT ein breites institutionelles Verständnis der Geldschöpfung, das es schwieriger macht, erzwungenen Leerlauf (Arbeitslosigkeit) und Ausgrenzung zu rechtfertigen. Sie versucht, Formen öffentlichen Wissens zu schaffen, die den Neoliberalismus unglaublich machen – und damit auch die Trumpschen Behauptungen über Migrant:innen, Arbeitsplätze und Abschiebungen.

Jahrelang haben MMT-Befürworter:innen die Prophet:innen der Austerität herausgefordert und ein alternatives Verständnis der Bundesfinanzen gefordert. Aber nach Trumps Wahlsieg hat sich der Kontext verschoben und das Spiel hat sich geändert: Der Kampf gegen die Austerität könnte weniger wichtig werden als die Gefahr, dass Bundesmittel aus offenkundig politischen Gründen gekürzt werden. In diesem Kontext könnte die Behauptung, die staatliche Geldschöpfung sei eine öffentliche Einrichtung, zu einer weniger wirksamen Herausforderung werden. Ist es an der Zeit, die Natur des Geldes als eine vielschichtige Institution ernst zu nehmen, eine Kernaussage der MMT (Kelton 1998) und anderer institutionalistischer Ansätze (Mehrling 2012)? Ausgaben auf der Bundesebene sind hochwirksam, aber sie sind nicht die einzige Form der Geldschöpfung. Öffentliche Banken in den einzelnen Bundesstaaten könnten an Bedeutung gewinnen, und wir könnten die Möglichkeiten der Geldschöpfung auf verschiedenen

politischen Ebenen überdenken, ähnlich wie dies historisch z.B. in den Vereinigten Staaten praktiziert wurde (Feinig 2021) und wie es in der Eurozone in jüngster Zeit vorgeschlagen wurde (Théret/Coutrot 2021). Gespräche über Geld als eine formbare Institution sind ein weiterer Nagel im Sarg des Neoliberalismus und öffnen Türen für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens.

Wenn Trumps Behauptungen über Abschiebungen, Arbeitslosigkeit und die Wohnungskrise so viel Widerhall fanden, dann deshalb, weil die Idee eines allwissenden Marktes das öffentliche Leben weiterhin strukturiert. Eine robuste Antwort auf MAGA sollte solche Behauptungen unglaublich machen, indem sie post-neoliberale Formen kollektiven Wissens kultiviert und das Vertrauen der Menschen stärkt, dass sie es lernen können, die Welt von ihrem Standpunkt aus zu verstehen (Smith 1990).

Aus dem Englischen von Christian Berger

Anmerkung

- 1 Dieser Artikel erschien zuerst am 20. Dezember 2024 im Rahmen eines Symposiums über Post-Neoliberalismus der Economic Democracy Initiative, abrufbar unter: www.postneoliberalism.org/articles/maga-the-job-guarantee-and-post-neoliberal-public-knowledge/.

Literatur

- Araújo Freire, Ana Maria (2002): Paulo Freire and the Untested Feasibility. *Counterpoints*, Vol. 209, S. 7–14.
- Feinig, Jakob (2017): The Moral Economy of Money between the Gold Standard and the New Deal. *Historical Sociology* Vol. 30, S. 315–341.
- Feinig, Jakob (2021): *Moral Economies of Money: Politics and the Monetary Constitution of Society*. Stanford University Press.
- Fullwiler, Scott/Grey, Rohan/Tankus, Nathan (2019): An MMT response on what causes inflation, <https://www.ft.com/content/539618f8-b88c-3125-8031-cf46ca197c64> (abgerufen am 7.2.2025).
- Freire, Paulo (1970/2000): *Pedagogy of the Oppressed*. Continuum.
- Kelton, Stephanie (1998): The Hierarchy of Money. Working Paper No. 231. Levy Economics Institute of Bard College.
- Kelton, Stephanie (2021): *The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy*. PublicAffairs.
- Living New Deal (o.J.): <https://livingnewdeal.org/> (abgerufen am 7.2.2025).
- Nash, Terre (1995): Who's Counting? Marilyn Waring on Sex, Lies and Global Economics, https://www.nfb.ca/film/whos_counting/ (abgerufen am 7.2.2025).
- Mehrling, Perry (2012): The Inherent Hierarchy of Money, https://sites.bu.edu/perry/files/2019/04/Mehrling_P_FESeminar_Sp12-02.pdf (abgerufen am 7.2.2025).
- Merchants of Doubt (2018): <https://www.merchantsofdoubt.org/> (abgerufen am 7.2.2025).
- Mirowski, Philip (2013): *Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*. Verso Books.
- Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.) (2015): *The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective, With a New Preface*. Harvard University Press.
- Mirowski, Philip/Nik-Khah, Edward (2017): *The Knowledge We Have Lost in Information: The History of Information in Modern Economics*. Oxford University Press.
- Mirowski, Philip (2018): Neoliberalism: The Movement That Dare Not Speak Its Name, <https://americanaffairs-journal.org/2018/02/neoliberalism-movement-dare-not-speak-name/> (abgerufen am 7.2.2025).
- Mirowski, Philip (2019a): Hell Is Truth Seen Too Late. *boundary 2* (2019) 46 (1): 1–53.

- Mirowski, (2019b): Conspiracy? What Conspiracy?: A Conversation with Philip Mirowski. *boundary 2* (2019) 46 (1): 179–195.
- Money on the Left (2019): Inflation and the Politics of Pricing, <https://moneyontheleft.org/2019/06/19/inflation-the-politics-of-pricing-with-nathan-tankus/> (abgerufen am 7.2.2025).
- Quinz, Hannah/Moder, Clara Maria/Tamesberger, Dennis/Theurl, Simon/Witzani-Haim, Daniel (Hrsg.) (2024): Mit einer Jobgarantie zum Recht auf gute Arbeit. Ansätze fortschrittlicher Arbeitsmarktpolitik in Österreich. ÖGB-Verlag.
- Rana, Aziz (2014): *The Two Faces of American Freedom*. Harvard University Press.
- Roosevelt, Franklin D. (1944): State of the Union Message to Congress Online by Gerhard Peters and John T. Woolley, The American Presidency Project, <https://www.presidency.ucsb.edu/node/210825> (abgerufen am 7.2.2025).
- Smith, Dorothy E. (2019): *The Conceptual Practices of Power: A Feminist Sociology of Power*. University of Toronto Press.
- The Presidency of the Republic of South Africa (2022): The Presidential Employment Stimulus, <https://www.stateofthenation.gov.za/employment-stimulus-dashboard> (abgerufen am 7.2.2025).
- Tcherneva, Pavlina R. (2020): The Case for a Job Guarantee. *Polity*.
- Théret, Bruno/Coutrot, Thomas (2021): Tax-credit instruments as complementary currencies: a policy proposal for fighting the austerity while saving the euro Zone. *International Journal of Community Currency Research*, Vol. 25, S. 68–74.
- Valayden, Diren/Feinig, Jakob (2022): Humanization as Money: Modern Monetary Theory and the Critique of Race. *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, Vol. 13, S. 146–157.
- Weber, Isabella (2021a): How China Escaped Shock Therapy. *The Market Reform Debate*. Routledge.
- Weber, Isabella (2021b): Could strategic price controls help fight inflation? <https://www.theguardian.com/business/commentisfree/2021/dec/29/inflation-price-controls-time-we-use-it> (7.2.2025).
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted: A New Feminist Economics*. Harper & Row.
- Young, Iris Marion (2022): *Justice and the Politics of Difference*. Princeton University Press.

EIN JAHR MIT DER GEWERKSCHAFT GPA

- 292.000 Mitglieder
- 15.000 Betriebsrät:innen
- 7,75 Mrd. Euro Gehaltserhöhungen durchgesetzt
- 175 Kollektivverträge für mehr als 2 Mio. Arbeitnehmer:innen
- 118 Mio. Euro an Rechtsansprüchen für Mitglieder durchgesetzt
- 570.000 Euro Arbeitslosenunterstützung an Mitglieder ausbezahlt

**Mit deiner Mitgliedschaft
hast du einen wichtigen Beitrag
geleistet.**

**DANKE, DASS DU EIN TEIL
VON UNS BIST!**

mitgliedwerden.gpa.at

**Du willst auch dazugehören?
Hier geht's direkt zur
GPA-Mitgliedschaft.**



Autorinnen und Autoren

Kurt Bayer ist Wirtschaftskonsulent, bloggt unter kurtbayer.wordpress.com und war zuvor an Wifo, BMF, EBRD, und Weltbank tätig, sowie Gründungsmitglied des BEIGEWUM.

Joachim Becker ist a.o. Professor am Department für Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien und Redakteur des Kurswechsel.

Christian Berger ist Sozioökonom und Jurist, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der FH des BFI Wien sowie Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Kurswechsel.

Jakob Feinig ist Soziologe und Associate Professor der Humanentwicklung, Binghamton University, State University of New York. Er ist Autor von „Moral Economies of Money“.

Julia Hofmann ist Referentin in der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien.

Lenny Mendonca ist Senior Partner Emeritus bei McKinsey & Company und war Wirtschaftsberater des kalifornischen Gouverneurs Gavin Newsom und Vorsitzender der California High-Speed Rail Authority.

Andrés Musacchio ist Volkswirt und Dr. der Sozialwissenschaften, Professor für argentinische Wirtschaftsgeschichte an der Universität Buenos Aires und Forscher beim Instituto de Estudios Históricos, Económicos, Sociales e Internacionales (IDEHESI).

Oliver Prausmüller ist Redakteur des Kurswechsel. Er arbeitet zu den Schwerpunkten Außenwirtschaftspolitik, öffentliche Infrastrukturen und Internationale Politische Ökonomie (AK Wien, FH des BFI, Universität Wien).

Tamara Premrov ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Christa Schlager ist Ökonomin, ehemaliges Mitglied des BEIGEWUM-Vorstands und der Kurswechsel-Redaktion.

Matthias Schnetzer ist Referent in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien.

Jana Schultheiß ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Elisabeth Springler ist Ökonomin in Wien und arbeitet als Studiengangsleiterin an der FH des BFI Wien.

Laura Tyson war Vorsitzende des Council of Economic Advisers des Präsidenten während der Clinton-Regierung. Sie ist Professorin an der Haas School of Business der University of California in Berkeley und Mitglied des Beirates der Angelino Group.

Beat Weber ist Redakteur des Kurswechsel.

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins *Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: „Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.“

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

A-1050 Wien, Margaretenstraße 166/3/25

E-mail: beigewum@beigewum.at

Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35

Redaktion: Joachim Becker, Christian Berger, Markus Griesser, Oliver Prausmüller, Vanessa Redak, Elisabeth Springler und Beat Weber

Heftredaktion: Beat Weber

Redaktion Debattenteil: Christian Berger, Christa Schlager

Druckunterlagen: Matthias Schmidt – buchgestalter.at

Druck: gugler, Melk

Bankverbindung

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H. Bank Austria: IBAN AT77 1200 0006 8405 5106

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel

© 2025 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis (gültig ab 1.1.2024)

Einzelheft	Euro 12 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 34,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 42,-
Förderabonnement	Euro 70,-

Die Laufzeit eines *Kurswechsel*-Abos beginnt mit Heft 1 des laufenden Jahrgangs und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, sofern nicht spätestens mit Erscheinen von Heft 4 gekündigt wird.

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien

E-Mail: verlag@sonderzahl.at